

Deutschland.

Berlin, 22. Oktober. Auf die interessanten Enthüllungen des „Reichs- und Staats-Anzeigers“ ist augenblicklich das allgemeine Interesse gerichtet; es ist klar, daß nur zwingendste Nothwendigkeit den deutschen Kanzler dazu trieb, diese Ergänzungen zu dem Buche Benedetti's zu liefern, das sich nunmehr als eine lediglich für bestimmte Zwecke künstlich zurechtgelegte Zusammenstellung offizieller Aktenstücke entpuppt. Nach diesen Darlegungen des deutschen Regierungs-Organs rufen die Worte des früheren französischen Votschafters neben ihrem höchsten Interesse allerdings auch einen fast komischen Eindruck hervor, der jedoch nur dazu angethan ist, die Hochachtung vor des Fürsten Bismarck diplomatischem Talente noch zu steigern. Es bewährt sich jetzt entschieden, daß der deutsche Diplomat dem deutschen Strategen — wenn wir die beiden Meister vergleichen — ebenbürtig zur Seite gestellt werden kann. — Das amtliche Journal der französischen Regierung greift, wie schon häufig, den Ereignissen zu Gunsten der Versailler leitenden Staatsbehörden vor, allerdings auf Kosten der Genauigkeit, wenn es veröffentlicht, daß „die Ratifikationen der Berliner Konventionen bereits vorgestern ausgetauscht seien“; es ist streng die Zusatzkonvention zum Frankfurter Frieden von dem Separatabkommen vom 12. Oktober zu scheiden, und es ist festzuhalten, daß jene die ehsa-lotrhingischen Zollverhältnisse behandelt, während dieses sich mit der Zahlung der vierten halben Milliarde und der Räumung von sechs Departements beschäftigt. Daß dieses letztere Abkommen ausgewechselt und demnach jene Räumung bis zum 4. November ausgeführt sein wird, ist auch hier bekannt, nicht aber die Ratifizierung der Urkunden vorgenannter Zusatz-Konvention, für deren Auswechselung der Monat Oktober bis zu seinem Ende als Termin angenommen ist. — Es ist nunmehr auch die Summe der Matrifular-Beiträge pro 1872 mitzutheilen: es kommen auf Preußen 18,189,114 Thlr., auf Lauenburg 98,297, Bayern 972,714, Sachsen 1,862,074, Württemberg 350,999, Baden 280,294, Hessen 304,455, Mecklenburg-Schwerin 439,783, Sachsen-Weimar 128,153, Mecklenburg-Strelitz 77,329, Oldenburg 186,971, Braunschweig 204,494, Sachsen-Meiningen 81,727, Sachsen-Altenburg 67,004, Anhalt 82,325, Schwarzburg-Sondershausen 30,408, Schwarzburg-Rudolstadt 34,122, Waldeck 26,417, Reuß alt. L. 20,846, Reuß jüng. L. 39,851, Schaumburg-Lippe 14,586, Lippe-Deimold 55,065, Lübeck 20,199, Bremen 68,699 und Hamburg 189,618 Thlr. Die Totalsumme beläuft sich auf 23,775,755 Thlr.

Berlin, 21. Oktober. Der Bundesrath hat den Antrag des Reichskanzlers in Betreff der Gott-hardebahn-Subvention bereits zustimmend erledigt und den Reichskanzler zur Vorlage eines Gesetzentwurfs an den Reichstag ermächtigt, welcher die Kaiserliche Regierung bevollmächtigt, Namens des deutschen Reiches dem italienisch-schweizerischen Vertrage vom 15. Oktober 1869 beizutreten und zur Ausführung desselben eine Subvention von 20 Millionen Francs zuzusichern.

— In Betreff der in Aussicht genommenen, in der Thronrede bereits angekündigten Verbesserungen der Befolgungen der Reichsbeamten ist dem Bundesrath nunmehr eine Denkschrift zugegangen, welche die frühere Mittheilung bestätigt, daß im Interesse der einheitlichen legislativen Behandlung dieser Angelegenheit es für zweckmäßig erachtet worden ist, im Hauptetat für die den Beamten aller Ressorts zu gewährenden Gehaltsaufbesserungen einen Dispositionsfonds auszubringen. Derselbe ist auf 1,238,000 Thlr. normirt. Die der Denkschrift resp. dem Hauptetat beigefügten Anlagen enthalten den Plan für die Vertheilung dieses Fonds auf die verschiedenen Verwaltungskategorien und eine Uebersicht, welche neben den vorgeschlagenen Gehaltsaufbesserungen die bisherigen Einzelnen in den Etat für 1873 übergeben werden, angiebt. Nach der „E. S.“ vertheilen sich die 1,238,000 Thlr. auf: 1) das Reichskanzleramt mit 9250 Thlr. Erhöhung; 2) das auswärtige Amt mit 15,000 Thlr.; 3) die Militärverwaltung mit 326,304 Thlr.; 4) die Marineverwaltung mit 37,300 Thlr.; 5) den Rechnungshof mit 11,700 Thlr.; 6) das Oberhandelsgericht mit 7800 Thlr.; 7) die Postverwaltung mit 723,306 Thlr. und 8) die Telegraphenverwaltung mit 107,340 Thlr. Erhöhung. Es sind alle Beamten, auch die Unterbeamten, bedacht.

— Wie verlautet, sollen auch die in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. November 1867, betreffend den außerordentlichen Geldbedarf des norddeutschen Bundes zum Zwecke der Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und der Herstellung der Küstenverteidigung der Militär-Verwaltung für die Küstenbefestigung zur Verfügung gestellten 3,500,000 Thlr. in Schapanweisungen aus den verfügbaren Mitteln der französischen

Kriegsentschädigung abgetragen werden. Es soll dies vornehmlich geschehen, weil Baiern an den gedachten Ausgaben der Küstenverteidigung bekanntlich noch nicht partizipirt und durch die Rückzahlung dieser Schuld eine wesentliche Vereinfachung der Berechnungen der Matrifularbeiträge Platz greifen kann. — Sollte nicht überhaupt durch Rückzahlung der ganzen Marineanleihe für das deutsche Reich der erfreuliche Zustand, ohne jede Staatsschuld zu sein, herbeigeführt werden können?

— Der Theil der Okkupationsarmee, welcher den Bestimmungen gemäß nunmehr nach Deutschland zurückkehren soll, die 11. und 24. Division, wird sofort mit seiner Einschiffung beginnen, da die Eisenbahnen bereits ihre Vorbereitungen getroffen haben, daß die Räumung der südlichen und westlichen Departements Frankreichs ohne Verzug vor sich gehen kann. Es ist ferner bestimmt worden, daß Befuß der Verhütung einer Ueberschreitung der konventionmäßigen Stärke der künftigen Okkupations-Armee von 50,000 Mann die Bataillone der in Frankreich zurückbleibenden Divisionen sich auf die etatsmäßige Friedensstärke der alten Garde-Infanterie-Regimenter durch Rücksendung der ältesten Mannschaften reduzieren sollen.

— Ueber die wieder an Frankreich abgetretenen Gemeinden erfährt die „Straßburger Zeitung“ Folgendes: Die Gemeinde Raon-sur-Maine mit 620 Seelen, bisher zum Kreise Molsheim gehörend, und die Nachbargemeinde Raon-les-Neaux (nicht Seaux) mit 336 Seelen, bisher zum Kreise Saarburg gehörend, liegen auf der westlichen Abachung des Mont-Donon im Thale der in die Meurthe einmündenden Plaine und haben ihren Verkehr ausschließlich in der Richtung nach Blamont und Badonviller, weshalb die Bewohner die Wiederabtretung an Frankreich beantragt hatten. Die deutsche Regierung brauchte auf den Besitz dieser armen und durchaus nationalfranzösischen Gemeinden wenig Gewicht zu legen. Dasselbe gilt von der nur 191 Seelen zählenden Gemeinde Igney und von dem südlich der Bahnlinie Avricourt-Embermenit gelegenen Theile des Gemeindebannes Avricourt im Kreise Saarburg; die französische Regierung wünschte den Besitz dieses kleinen Gebietes, weil durch denselben die in französischem Eigenthum und Betriebe stehende Vicinalbahn Cirey-Blamont-Avricourt führt und weil der Bahnbetrieb gefördert worden wäre, wenn die Züge die deutsche Zollgrenze zu passiren gehabt hätten.

— Durch die zwischen dem Reichskanzler und dem Finanzminister Frankreichs in Berlin geführten Verhandlungen ist der größte Theil der Aufgaben der in Frankfurt tagenden sogenannten Nachkonferenzen mit zur Erledigung gekommen. Der noch vorhandene Arbeitsstoff soll sehr reduziert sein, so daß noch im Laufe dieses Monats der Schluß der Konferenzen zu erwarten steht. Die Resultate der Konferenzen sollen nach der „Erf. Ztg.“ in einem Nachtrag zu dem Frieden vom 10. Mai d. J. zusammengestellt werden. Zur Unterzeichnung desselben wird dann eine feierliche Sitzung anberaumt werden, welcher voraussichtlich auch Graf Harry von Arnim und der frühere Bevollmächtigte Frankreichs, Herr de Goulard von Paris, beizuwohnen werden. Außerdem wird der Nachtrag zum Friedensschluß noch von Graf v. Uexküll, dem Bevollmächtigten des deutschen Bundesraths, und von Herrn de Clerq, dem Bevollmächtigten Frankreichs, unterzeichnet werden. Zu den noch ausstehenden Sitzungen der Konferenz wird Graf Hermann von Arnim-Boitzenburg von Berlin wieder in Frankfurt eintreffen und als Bevollmächtigter des Kaisers darin den Vorsitz führen; in seiner Abwesenheit präsidirt Graf Uexküll.

— Im Laufe dieses Sommers kam von russischer Seite die Nachricht hierher, es seien auf der Halbinsel Buzatschi, an der Ostküste des kaspischen Meeres, mächtige Guanolager aufgefunden worden. Auf Grund einer Allerhöchst erteilten Konzession ward demnach von einer großen Berliner Genossenschaft eine wissenschaftliche Expedition zur Untersuchung dieses im allgemeinen Interesse wichtigen Fundes ausgerüstet und durch die dazu eingeladenen Professoren Stohmann aus Halle und Orth aus Berlin im Laufe der Monate August und September d. J. eine Untersuchung an Ort und Stelle ausgeführt. Das Ergebniß war ungünstig, da kein Guano nachgewiesen werden konnte.

— In dem von dem Konsul des deutschen Reiches in Pientfin erstatteten neuesten amtlichen Konsular-Jahresberichte kommt folgende beachtenswerthe Stelle vor:

„Es ist zu hoffen, daß die neugegründete deutsche Bank denjenigen Kontinental-Geldverkehr, welcher bisher in den Händen des Pariser Comptoir d'Escompte war, an sich ziehen, erweitern und in dieser Weise etwas Raum für direkte Geldbeziehungen schaffen wird. Frankreichs politische Lage und national-ökonomischer

Schwächezustand lassen für uns sicher manches gelingen, was noch vor Jahren unerrreichbar schien. Besonders beachtenswerth erscheint das Verhältniß, in welches sich die deutschen Geschäftsleute mit der chinesischen Geschäftswelt gesetzt haben. Der Chinese giebt den Deutschen überhaupt den Beinamen lao-zeh. Dies soll heißen, daß sie verträglich, nicht ungebührlich sind und man mit ihnen im Geschäfts-Verkehr gut auskomme. Deutsche Segelschiffe haben zur Befrachtung unter den Chinesen stets den Vorzug vor denen anderer Nationen, namentlich vor englischen Segelschiffen, und deutsche Kaufleute finden mit ihren Waaren noch Abnahme, wenn für Engländer keine Aussicht mehr ist. Dagegen geht den Chinesen der Begriff unserer staatlichen Machtstellung fast ganz ab; sie halten uns für ein harmloses Kaufmannsvolk, denn sie haben von uns weder Kriegsschiffe noch Dampfer — es sind überhaupt wohl nur 2 deutsche Dampfer in den chinesischen und japanischen Meeren — noch überhaupt etwas vor Augen, was ihnen gefährlich erscheint. Ihr Verständnis geht noch nicht über den Bereich ihrer äußeren Wahrnehmungen hinaus, und die, wenn auch zahlreichen, doch neben den englischen, amerikanischen, auch französischen Dampfern unstattdlich erscheinenden Segelschiffe, von denen die deutsche Flagge weht, bestärken sie in der vorher geschilderten Auffassung. Die großen Ereignisse des letzten Jahres haben auf die Vorstellung der Chinesen, weder der Kaufleute noch der Mandarine, so gewaltig gewirkt, wie man es in Europa vielleicht glauben mag. So begierig auch die Nachrichten von ihnen verschlungen wurden, um so mehr, als es sich um französische Niederlagen handelte, so betrachten sie die Erfolge doch mehr als glücklich ausgeführte Handstreich und etwa in dem Lichte, in welchem sie die Erfolge der chinesischen Rebellen und deren Eroberung großer Länderstrecken ansehen. Zu einer Anschauung, daß sich die Machtverhältnisse in Europa geändert haben, und zum Verständnisse dieser Folgen sind sie nicht entfernt gelangt.

— Die aus Abgeordnetenkreisen herkommende Nachricht, daß Herr von Noßitz bundesrathlicher Referent in der Münzfrage und mit der Ausarbeitung eines Gegenentwurfes betraut sei, beruht auf einem Irrthum. Die Vorlage wird von den vereinigten Ausschüssen des Bundesraths für Rechnungswesen und für Handel und Gewerbe berathen und hierbei fungirt als Referent der badiische Bevollmächtigte, Ministerialpräsident Uffatter, während Herr von Noßitz-Ballwitz nichts mit der Sache zu thun hat.

— Die Enthüllungen über die diplomatische und militärische Geschichte des vorigen Jahres dauern mit ungeschwächtem Eifer fort und die ganze heillose Schwefelbunde, von der jeder Einzelne seinen Theil Schuld trägt, ist mit Publikationen beschäftigt. Drouyn de Lhuys will, wie aus Paris berichtet wird, verschiedene Stellen des Benedetti'schen Buches widerlegen, resp. ergänzen. Herzog Gramont seinerseits bereitet eine scharfe Entgegnung gegen dasselbe Werk vor. General Palikao will durch eine attennmäßige Darstellung seiner Amtstätigkeit den General Trochu, den falschen Biedermann, an den Schandpfahl nageln, und selbst die auswärtige Diplomatie soll nicht von der Sturmfluth dieser Enthüllungen verschont werden. So kündigt man allen Ernstes die bevorstehende Publizierung einer Depesche Lord Granville's an, welche sich im englischen Blaubuch über den deutsch-französischen Konflikt nicht vorfinde. Diese Depesche, datirt vom 10. August 1870, sei vom englischen Minister des Auswärtigen an Lord Lyons, britischem Votschafter in Paris, gerichtet gewesen und soll darthun, wie ernst es dem genannten Staatsmanne um die strengste Neutralität zu thun gewesen und wie sehr Lord Granville aus diesem Anlaß sich ablehnend allen Vorschlägen gegenüber verhielt, welche darauf abzielten, dem Kriege seinen rein lokalen Charakter zu rauben.

— Das Verfahren des Magistrats zu Elbing, vor Anstellung der Kommunallehrer eine Erklärung über die Stellung des Lehrers zum Unfehlbarkeits-Dogma abzufordern, haben wir schon erwähnt. Bei der Bedeutung, welche die Sache hat, glauben wir den wesentlichen Inhalt des von dem Magistrat an die Lehrer gerichteten Schreibens mittheilen zu müssen: „Ehe wir — sagt der Magistrat — zur Wahl schreiten, müssen wir darüber Aufschluß haben, welche Stellung Sie zu der untern 18. Juli v. J. in der Peterskirche zu Rom kundgemachten päpstlichen Bulle „Pastor aeternus“ einnehmen. Nach dem 4. Abschnitt jener Bulle befißt fortan „der römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhl aus spricht, das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirte und Lehrer aller Christen kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt eine von der gesammten Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen im heiligen Petrus ihm verheißenen Beistandes jene Unfehlbarkeit, mit

welcher der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidung einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausgestattet wissen wollte“, und sind daher „solche Entscheidungen des römischen Papstes ferner aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche unabänderlich“. Für denjenigen, der sich diesem Dogma unterwirft, unterliegen also fortan auch die Sitten der Völker, d. h. das gesammte politische und soziale Leben der Staaten, Gemeinden, Körperschaften und Individuen dem Endurtheil des römischen Papstes. Er muß glauben, was die Päpste durch Bullen, Breven, Encykliken, Allokutionen u. insonderheit noch neulich Papst Pius der Neunte in dem bekannten Syllabus über das Verhältniß der weltlichen zur geistlichen Macht gelehrt und verkündet haben. Darnach aber ist die weltliche Macht vom Bösen und muß deshalb unter dem Papste stehen. Der Papst hat das Recht, Länder und Völker, die nicht katholisch sind, katholischen Regenten zu schenken, christliche Unterthanen, deren Fürst oder Oberhaupt vom Papst genannt ist, zu Sklaven zu machen, Staatsgesetze, Staatsverträge, Verfassungen für ungültig zu erklären, und von ihrer Befolgung zu entbinden, sobald sie den Rechten der Kirche oder des Klerus nachtheilig scheinen, die weltlichen Machthaber, Kaiser und Könige, wegen Vergehen zu tadeln und erforderlichen Falles zu strafen, sowie jede Sache vor das geistliche Forum zu ziehen, bei der eine Todsünde konfurrirt, vom Eide gegen Fürsten, die er exkommuniziert, und vom Gehorsam gegen sie und ihre Gesetze zu entbinden, alle Rechtsverhältnisse der Gebannten, insbesondere ihre Ehe zu lösen, überhaupt von jeder Verpflichtung zu entheben. Als Magistrat dieser Stadt sind wir entschlossen und durch den Eid auf die preussische Staatsverfassung verbunden, unser Gemeinwesen vor diesen staatsgefährlichen Konsequenzen der neuen Lehre zu bewahren. Insonderheit werden wir nicht dulden, daß in unsern Kommunal-schulen, welche dazu bestimmt sind, um die Jugend zu bilden, sie in Ehrfurcht und Achtung vor dem Staatsoberhaupt und den Staatsgesetzen zu treuer Erfüllung aller bürgerlichen Pflichten, namentlich auch zur Heilighaltung jedes bürgerlichen Eides und Gelübnisses zu erziehen, das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes gelehrt werde. Wir dürfen daher insonderheit katholischen Religions-Unterricht nicht in die Hand eines Lehrers legen, welcher der neuen Lehre anhängt oder zugethan ist, werden vielmehr nur solche katholische Lehrer an unseren Schulen anstellen, welche uns zuvor schriftlich erklären, daß sie an das Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes nicht glauben und in der Schule dieses Dogma nicht lehren werden.“ — Der Magistrat schließt damit, daß er, wenn diese Erklärung nicht bis zu einem bestimmten Termin eingehe, er annehmen werde, daß der betreffende Lehrer sie nicht abgeben wolle oder könne. In Folge dessen hat bekanntlich der bisherige erste Lehrer an der zweiten katholischen Schule, Herr Kusch, die Erklärung abgegeben, daß er an das Dogma von der Unfehlbarkeit des römischen Papstes nicht glaubt und dasselbe daher auch in der Schule nicht lehren werde, und ist derselbe darauf vom Magistrat einstimmig als erster Lehrer an der St. Nicolaischule gewählt worden.

Breslau, 21. Oktober. Die heute von einer großen Anzahl von über 3000 Bürgern Breslau's besuchte Versammlung spricht den Deutschen in Oesterreich für ihren mannhaften Widerstand gegen den Angriff, der vom Ministerium Hohenzollern-Schäffle auf die deutsche Nationalität gemacht worden, ihre volle Anerkennung aus. Die Versammlung erkennt, daß mit diesem Angriffe zugleich die Grundlage der konstitutionellen und freiheitlichen Entwicklung des österreichischen Kaiserthumes erschüttert ist. Sie begrüßt in den Deutschen Oesterreichs die Vorkämpfer für eine Verfassung, welche, des weiteren Ausbaues fähig, den innern Frieden wie den Volkswohlstand im eigenen Staate begründet und verbürgt. Zugleich spricht sie ihre Ueberzeugung dahin aus, daß die bisherige Stellung der Deutschen in Oesterreich durch ihre in der Geschichte begründete unerschütterliche Treue und Anhänglichkeit an den Kaiserstaat auch das Band zwischen diesem und dem deutschen Reich immer fester zu knüpfen berufen ist. Die Versammlung giebt ihre Sympathie für die Deutsch-Oesterreicher hierdurch kund in dankbarer Erinnerung an das rege Mitgefühl, mit welchem sie uns in dem schweren Kampfe gegen Frankreich begleitet und unterstützt haben; ganz besonders aber in dem lebendigen Bewußtsein, daß ein Kampf für deutsche Nationalität, deutsches Recht und deutsche Bildung, wo auch immer er gekämpft wird, ein Kampf für alle Deutschen ist.

München, 21. Oktober. Die von mehreren klerikalen Blättern verbreitete Nachricht über großartige Schlägereien, welche angeblich in Weg-zwischen bayerischen und preussischen Soldaten stattgefunden ha-

ben sollen, ist einem dem Ministerium des Innern heute zugegangenen Telegramme zufolge auf einen ganz unbedeutenden M userech weniger Soldaten zu reduzieren.

Ausland.

Wien, 19. Oktober. In Kroatien und der Grenze wälten die Gerichte ihres Amtes. Die bereits beerdigt gewesenen Leichen der erschossenen Räubersführer wurden wegen gerichtlicher Konstatierung der Identität ihrer Person erhumt. Wegen Beteiligungs am Aufstand standen schon am 13. d. 93 Personen in Untersuchung. Auch einige ihrer verführten Opfer, die zum Kopieren der aufrührerischen Plakate und Depeschen benutzt wurden — darunter Schulknaben und Kinder rechtschaffener, braver Eltern — wurden eingezogen, andere sind flüchtig geworden.

— Eine Wiener Korrespondenz der „Grazer Tagespost“ erzählt ein geflügeltes Wort des Grafen Peust, welches die ganze kritische Lage, in der sich Oesterreich befindet, scharf charakterisiert; Graf Peust soll gesagt haben: „Wie die Dinge stehen, giebt es nur zwei Möglichkeiten, entweder Belagerungszustand in Prag, oder Belagerungszustand in Wien.“

Paris, 19. Oktober. Michel Chevalier veröffentlicht im „Journal des Debats“ einen längeren Artikel über die in Frankreich herrschende Geldkrise, in welcher er nichts Anderes als die Entwerthung des Papiergeldes der Bank zu erblicken vermag. Der berühmte Volkswirth schlägt als Heilmittel vor, die Regierung möge durch ein Special-Anlehen einen Theil der ungeheuren Schuld von 1530 Millionen abtragen, welche der Staat bei der Bank von Frankreich kontrahirt habe. Wenn man nur 500 Millionen aufnehme und die Einzahlungen auf möglichst kurze Zwischenräume vertheile, so würde man in geringer Zeit den Umlauf der Bankbills um 500 Millionen vermindern. Dies würde wahrscheinlich genügen, um für jetzt die Parität zwischen dem baaren Gelde und den Bills der Bank von Frankreich wieder herzustellen. Hr. Chevalier tadelt ferner, daß der Finanzminister, wie man erzählt, bei Gelegenheit des Zweimilliarden-Anlehens sich geweigert habe, von belgischen Zeichnern eine beträchtliche Summe anzunehmen, deren Zahlung ihm in Billets der Bank von Frankreich angeboten worden sei. In diesem Falle habe der Finanzminister selbst die Bankbills diskreditirt. Im Uebrigen erblickt der Verfasser in der vermehrten Ausfuhr der französischen Fabrikate das geeignetste Mittel, um die Goldprämie herabzubringen und den Wechselkurs günstig für Frankreich zu gestalten. Um die Ausfuhr zu vergrößern, müsse man die Produktion leichter und wohlfeiler machen, d. h. man müsse sich jeder Steuer auf Rohstoffe begeben und die Grenze vollständig den Maschinen, Werkzeugen und Apparaten aller Art offen halten, welche das Ausland zum Theil besser und billiger herstellt als Frankreich. Herr Michel Chevalier rath im Uebrigen der Regierung an, dem Vorgange der Vereinigten Staaten zu folgen und anzuordnen, daß die Anzahlung der Zinsen der konsolidirten Schuld in Goldwährung vollzogen werde. Ebenso wünscht er, daß man die Zahlung aller Zollabgaben von den Betreffenden in baarem Gelde verlange, wie dies ebenfalls in den Vereinigten Staaten geschehe. Er ist der Ansicht, daß keiner der Staaten, mit denen Frankreich Handelsverträge abgeschlossen habe, sich darüber beschweren könne, weil es dem Geist der Verträge entspreche, daß die Zölle in guter und klingender Münze entrichtet würden.

— Die offizielle Note über den Prinzen Napoleon und die Kommentare der Blätter bieten den bonapartistischen Organen willkommene Gelegenheit, die Napoleonische Sache von Neuem anzupreisen. So jubelt Duvernois im „Ordre“ heute: „Zusammenberufung eines Ministerrathes, Zusammenberufung der permanenten Kommission, Truppensendungen, Abwendung eines Geschwaders, Abwendung eines Spezial-Bevollmächtigten, alles das, weil der Prinz Napoleon zum Generalrath nach Korsika geht. Man mag sagen was man will, wenn der Name Napoleon sein Ansehen verloren hätte, so würde man sich nicht so sehr beeunrathigen und so weit gehen, Rechte anzugreifen, die man nicht hat. Die wahre Stärke stellt sich nicht so rathlos an. . . Wurde dieser Lurus von Weisungen und Vorsichtsmaßregeln entfaltet, als die Prinzen des Hauses Bourbon nach Frankreich zurückkehrten?“ Die Schlußrede, welche das „Journal des Debats“ den Prinzen des Hauses Orleans hält, ist ungemein schwach: „Man hat nicht an diesen Lurus von Weisungen und Vorsichtsmaßregeln gedacht, als die Prinzen des Hauses Bourbon nach Frankreich zurückkehrten, weil diese nicht die Gewohnheit haben, mit den Waffen in der Hand beizukommen und Meutereien und Emeuten hervorzurufen; sie kehren heim, wie es ehrlichen Männern geziemt.“ Aber der Prinz Napoleon hat, so viel bekannt, bis jetzt noch keine bewaffnete Hand gezeigt und keine Meutereien angezettelt. Wenn die Gefährlichkeit der Majestät der Maßregeln sein soll, so hat die französische Republik von den Orleans sicherlich nicht weniger als vom Prinzen Napoleon zu fürchten, ja, selbst der Graf Chambord hat ein Manifest an den religiösen Fanatismus des Landvolkes erlassen, und wenn es ein Schlag ins Wasser war, so ist sicher er und sein fanatischer Anhang nicht schuld daran. Wenn man die Napoleoniden fürchtet, so mache man ein Gesetz, das ihnen die Thür verschließt; will man dieses nicht, so mache man keine Umschweife und lasse sie gewähren.

wie den Grafen von Chambord und die Söhne Louis Philippe's. Die Thiers bis jetzt verfährt, bestätigt er nur, was seine Gegner ihm nachsagen: „Thiers hat die Napoleonische Legende gemacht und er glaubt noch daran!“

— Die bisher auf Korsika getroffenen Anordnungen beschränken sich auf bloße Vorsichtsmaßregeln, versichert die „France“. Eine Depesche des Präfekten von Korsika stellt alle Gerüchte von Unordnungen in Abrede. Am 17. Morgens war laut dem „Temps“ noch Alles ruhig; indeß Conti's Rundreise und des Prinzen Napoleon Eintreffen werden kaum ohne Folgen bleiben, wenn man bedenkt, daß die Insulaner Hirtische von je her waren, sind und bleiben werden. Obwohl die Legende von ihrem „großen Mitbürger“ sehr an Glanz verloren hat, so giebt es doch noch Korfen genug, die sich für dieselbe todtschlagen lassen. Zum Glücke ist der Kaiser Napoleon zu verschliffen und der Prinz persönlich zu wenig waghalsig, sonst könnte es leicht zu einer Nachahmung der Landung von Elba kommen. Thiers ist aber auch nicht als Held in der Gefahr bekannt, und „die Verachtung“, die der „Temps“ empfiehlt, ist nur eine gute Waffe in der Hand eines Tapferen. Das „Sicdele“ ist für Nachsicht und empfiehlt, nicht über den Telegrammen des Präfekten von Ajaccio einzuschlafen: die Reise des Prinzen Napoleon treffe zu gut mit Conti's Rundreise und Dietri's Ankunft auf der Insel zusammen; wäre die Juli-Regierung gegen die Versuche des Sohnes von Horten so härter gewesen, so wäre auf Straßburg und Boulogne auch nicht Sedan gefolgt.

— Der „Economista d'Italia“ meldet, daß die Arbeiten der St. Gotthardbahn bald in Angriff genommen werden sollen. Der Tunnel wird fast die gleiche Länge haben wie der durch den Col de Juras. Die Kosten des Tunnelbaues seien auf etwa 50 Millionen veranschlagt, während die Schienenwege, welche denselben mit dem schweizerischen Eisenbahnnetz einer- und dem italienischen andererseits verbinden sollen, auf 125 Millionen angelegt sind. Man hofft mit dem Unternehmen in acht Jahren fertig zu sein.

Die Permanenz-Kommission hielt heute ihre fünfte regelmäßige Sitzung; 22 Mitglieder wohnten derselben an; Präsident Grey führte den Vorsitz. Der Minister des Innern theilte der Versammlung mit, daß Herr Thiers die kürzlich abgeschlossenen Verträge ratifizirt habe, diese nach Berlin abgegangen seien und die Räumung der sechs Departements am 27. beginnen werde. Außerdem unterhielt sich die Versammlung über die Geldkrise. Der Minister versicherte, daß die Regierung sich aufs lebhafteste mit derselben befaße. Was die Maßregeln in dieser Hinsicht betrifft; so sind dieselben um so nothwendiger, als die Regierung jetzt sehr unangenehm und man viel baares Geld gebraucht, um durch Ankäufe im Auslande den Ausfall zu decken.

Paris, 19. Oktober. Man sagt, daß die angeblichen Truppensendungen von Toulon nach Bastia in keiner Weise mit den angeblichen Aufstandsgelüsten der Korfen zusammenhängen und daß es lediglich gelte, gefangene Araber, die aus dem überfüllten Toulon nach der Insel übergeführt wurden, unter dem Schutze mehrerer Jäger-Bataillone nahe bei Bastia zu interniren. Auf der anderen Seite zeigt die Ernennung des Herrn Charles Ferry, die fast einstimmig als Mißgriff getadelt wird, zum außerordentlichen Kommissar der Republik für Korsika, daß die Regierung nicht ohne Beforgnisse ist, oder daß sie es in ihrem Interesse fände, dergleichen Beforgnisse zu erheucheln. Es wird ihr jedenfalls leichter, Gründe für die Hinausschiebung der in Korsika in Aussicht stehenden Erbschaftswahlen zur Nationalversammlung zu finden, wenn diese Insel von bonapartistischer Agitation beherrscht erscheint, die vielleicht sogar die Verkündigung des Belagerungszustandes ermöglicht, als wenn man die ungetrübte Ruhe und friedliche Ordnung der Dinge in jenem Ländchen konstatiren müßte. Da man aber begreiflicher Weise keinerlei Neigung verspürt, Herrn Rouher in Korsika gewählt und in der Nationalversammlung erscheinen zu sehen, so sind die Kaiserlichen Rundgebungen der beste Vorwand, um vorläufig diese Nachwahl noch nicht auszusprechen zu lassen. — In der Armee wie in der Regierungswelt machen inzwischen die Entscheidungen der militärischen Rangstufen-Kommission und die Erklärungen der berechtigten Offiziere, welche dieselben hervorgerufen, noch viel von sich reden. Bis jetzt hat die militärische Disziplin durch die Veröffentlichungen des Obersten Caister, des Generals Cremer, des Generals Nanjouty u. dergleichen gewonnen, und so ungehörig die Civilkritik das Vorgehen dieser Offiziere findet, so beifällig wird dasselbe doch in den militärischen Kreisen begrüßt. Wenn es wahr ist, daß der Kriegsminister sich geweigert hat, die Entlassung des zum Kapitän degradirten Generals Cremer anzunehmen, so dürfte demselben ob seiner öffentlichen Beschwerde eine schwere Bestrafung nicht entgehen. Die Meldung, daß General Nanjouty ob seines Briefes an den „Soir“ vor ein Kriegsgericht gestellt werden solle, bedarf indeß noch der Bestätigung. Der General gehört zu denjenigen Offizieren, welche sich noch wegen ihres Verschwindens vom Schlachtfelde von Sedan besonders zu verantworten haben, und da wäre es denn nicht unmöglich, daß man die eine Angelegenheit mit der anderen verwechselt hätte.

— Die Prinzen von Orleans gruppiren sich

immer mehr um das Schloß von Chantilly, die Residenz des Herzogs von Nemours. Der Prinz von Joinville hat eine ganz in der Nähe jenes Schlosses gelegene Villa gemiethet, und die Herzogin von Chartres, deren Mann in der afrikanischen Armee ist, wohnt ebenfalls in der Nachbarschaft, im Schlosse von Saint-Germain. Der Herzog von Nemours strengt sich sehr an, populär zu werden, ohne daß dies ihm bis jetzt sonderlich gelungen wäre. Er ist, wie die meisten Orleans, sehr geizig, was für viele Sachen ein großes Hinderniß ist, besonders zu Paris! Dafür sehen die bonapartistischen Agenten gar nicht auf Geld, und es wäre mancher Offizier zu nennen, dessen Schulden aus der Tasche des Kaisers bezahlt worden sind. Das „Journal l'Ordre“ wird mit großer Liberalität gratis ausgegeben. Alle alten Abonnenten des von Clement Duvernois ehemals redigirten „Peuple Francais“ erhalten dasselbe, und jedem Kaffeebesitzer wird es auf eine einfache Bitte hin gratis zugesandt. Das „Avenir Liberal“ macht ein ungefähr gerade so. Die Prinzen von Orleans sind lange nicht so rasch mit Unterstützungen für ihre Tagesblätter zur Hand. Daher acht bonapartistische Blätter in Paris gegen zwei orleanistische.

— Am nächsten Montag kommen die Belocipede und andere Spielsachen des Kaiserlichen Prinzen zum Verkauf im Pavillon Jean Goujon. Das „Ordre“ ladet die Freunde der napoleonischen Dynastien ein, sich zahlreich zum Ansteigern einzufinden, um diese kostbaren Erinnerungen den „offiziellen Mouchards des Herrn Thiers“ zu entreißen.

Paris, 22. Oktober. Graf Arnim wurde gestern vom Präsidenten der Republik und vom Minister des auswärtigen Amtes empfangen.

— Man bezeichnet das Gerücht, nach welchem die Regierung der National-Versammlung den Gesetzentwurf zu einer umfassenden Amnestie vorlegen werde, als unbegründet. Die Regierung wird wahrscheinlich nur die Vorlage zu Maßregeln einbringen, die den Zweck verfolgen, daß schnell über das Schicksal derjenigen Gefangenen Entscheidung getroffen werde, deren Entlassung noch nicht verfügt worden ist.

— Wie aus Ajaccio gemeldet wird, ist der Prinz Napoleon gestern dort eingetroffen; 150 bis 200 Personen hatten sich bei seiner Ankunft gesammelt, doch geschah von keiner Seite eine Manifestation.

London, 20. Oktober. Bei einem großen Banquet, welches der Reformklub in Manchester gestern gab, führte Lord Granville den Vorsitz. Ein von dem Präsidenten des Klubs auf die Minister der Königin ausgebrachter Trinkspruch gab dem Minister des auswärtigen Gelegenhait, sich über die Thätigkeit derselben, besonders während der letzten Parliaments-Session, zu verbreiten und die oft wiederholten Vorwürfe der Unfruchtbarkeit dieser Session zu widerlegen. Wenn nicht alle Erwartungen erfüllt seien und nur einige der eingebrachten Gesetze erledigt seien, so wäre wohl auch zum Theile den weitläufigen Verhandlungen des Unterhauses, welches z. B. siebenundvierzig Tage mit der Beratung von nur zweien dieser Gesetze verbraucht habe, die Schuld beizumessen. Er nahm dann das Haus der Lords gegen die neuerdings wiederholten Anklagen in Schutz und protestirte gegen die verschiedentlich angeregte Abschaffung desselben als eines unnützen und hinderlichen Instituts. Ueber die auswärtige Politik des Ministeriums redend, betonte der Minister besonders den Vertrag von Washington, von welchem er die möglich besten Resultate erwarte. Ich denke, sagte Lord Granville, wir sehen die Ergebnisse davon alle Tage. Es ist eine sehr große Sache, daß zwei so große und empfindliche Länder, wie Britannien und die Vereinigten Staaten, eingewilligt haben, eine Anzahl von komplizirten Fragen auf freundschaftliche Weise zu ordnen und die gute Gesinnung herzustellen, welche zu allen Zeiten bestehen sollte. Es vergeht fast kein Tag, der nicht irgend einen Beweis von dem Dasein dieser guten Gesinnung brächte. . . Ich hörte ein Gerücht von einem beabsichtigten feindlichen Einfall. Ich telegraphirte sofort an Herrn Bish. Der Telegraph benachrichtigte mich schon nächsten Tages, daß die Regierung bereits Instruktionen und Befehle strenger Art gegeben habe, und wir haben, wenn auch durch sehr magere Telegramme, erfahren, daß dieser höchst lächerliche und leichtfertige Anfall niedergeschlagen wurde, nicht durch uns, sondern durch die Amerikaner selbst. Ich denke, unser Beispiel muß eine Wirkung haben in Bezug auf die Erledigung internationaler Angelegenheiten. Beim Beginne des Krieges stellten wir beiden Ländern, die im Begriffe waren, in denselben einzutreten, vor, daß sie zutimmende Parteien bei den Vereinbarungen des Vertrages von Paris seien. Mit wie viel größerer Autorität und Macht wird eine englische Regierung im Stande sein, in Zukunft an diese Prinzipien zu appelliren, wenn sie selbst, unterstützt durch eine große Nation wie die Vereinigten Staaten, ein so deutliches Beispiel gegeben hat für die Weise, wie große und verderbliche Kriege, oft aus ganz unbedeutenden Ursachen, gut und weise vermieden werden können.

Konstantinopel, 21. Oktober. Mustapha Haxyl Pascha ist an Stelle von Mehemed Nuski Pascha zum Justizminister und Namik Pascha an Stelle Rami's Pascha zum Staatsrathspräsidenten ernannt. Haxyl Pascha wird die von ihm im vorigen Jahre entworfenen Justizreformen durchzuführen. — Trotz un-

günstigen feuchten Wetters ist die Cholera im Abnehmen begriffen.

Das Gerücht, die Regierung denke daran, die Einkünfte aus den Moscheengütern für Staatszwecke zu verwenden, beschäftigte die Börse.

Provinzielles.

Stettin, 23. Oktober. Der hiesige Postdampfer „Humboldt“ ist gestern Nachmittag in Swinemünde angekommen, wird dort einen Theil seiner Ladung entlasten und wahrscheinlich heute gegen Abend hier eintreffen. Die Passagiere des „Humboldt“ trafen bereits gestern Abend mittelst des zur Bräunlichschen Rhederei gehörigen Dampfers „das Haß“ hier ein.

— Der Kaufmann Megow in Gollnow ist zum Kammerer dortiger Stadt gewählt worden.

— In der kürzlich abgehaltenen Versammlung der Interessenten für den Bau einer sekundären Eisenbahn von Stolpmünde über Stolp direkt nach Conitz, ist, wie aus Stolp berichtet wird, beschloffen worden, die Vermessung der projektirten Bahnstrecke sofort vornehmen zu lassen, um demnächst weitere Schritte zur Realisirung des Projektes thun zu können.

— Die Erlaubniß zur Anlegung des Ritterkreuzes erster Klasse mit Schwertern des Großherzoglich badischen Ordens vom Jägering Löwen ist dem Stabsarzt der Landwehr Dr. Arndt, vom 1. Bat. (Anklam) 1. pomm. Landwehr-Regiments Nr. 2, ertheilt worden.

— Bei der diesjährigen Kadettenvertheilung ist der P. Unteroff. Gutzzeit als Sek.-Lieut. in das 6. pomm. Inf.-Regt. Nr. 49 und der P. Unteroff. v. Below als Sek.-Lieut. in das pomm. Jäger-Bat. Nr. 2, der Kadett v. Alten II. in das Gren.-Regt. König Friedr. Wilh. IV. (1. pomm.) Nr. 2, der Kadett Brandenburg II. in das 7. pomm. Inf.-Regt. Nr. 54, und der Kadett v. Herzberg in das 1. pomm. Ulanen-Regt. Nr. 4, sämtlich als Kar. Portep.-Fähnrich, einrangirt.

— Die Normal-Mischungs-Kommission hat entschieden, daß eine Nachstempelung der Medizinalwaagen und Medizinalgewichte, welche den bisherigen Landes-Mischungsstempel tragen, „nicht unbedingt“ erforderlich sein wird, da die Nachordnung die Hinzufügung des Präzisionsstempels auf bisher geachteten Präzisionsgegenständen nicht zur Bedingung für deren fernere Zulässigkeit gemacht hat. Nichts desto weniger wird es „aus technischen Gesichtspunkten als höchst zweckmäßig“ empfohlen, die „ungefäulte“ Nachstempelung von Medizinalwaagen und Medizinalgewichten zu fördern, und können die bisherigen Medizinalgewichte nach dem 1. Januar 1872 keine weitere Beglaubigung durch den Reichsstempel empfangen, wenn sie nicht vor diesem Termine revidirt und neu-gestempelt worden sind. Für diejenigen Medizinalgewichte, welche vor dem nächsten Neujahr nicht nachgestempelt sind, kann also unter gewissen Umständen späterhin der Fortgebrauch in Frage gestellt werden.

— Die französischen Geschäftsleute besinnen sich! Ende März dieses Jahres kam hier als Antwort auf eine Anfrage die Erklärung aus Bordeaux an, daß man nicht Lust habe, mit Deutschen in große Geschäftsverbindungen zu treten, da der Friede nicht von Dauer sein und Deutschland daran zu Grunde gehen werde, daß es Elsaß-Lothringen annektirt habe u. dergleichen. Der Empfänger wartete und meinte: „Die werden doch nicht ihren Wein alle selbst trinken wollen!“ — Jetzt ist von demselben Hause ein artiger Brief in deutscher Sprache angekommen, in welchem der Wein freundschaftlich offerirt wird, während gleich ein Duzend Flaschen mit feiner Etikette als Proben beifolgen.

— Am Freitag Abend wurde bei einem Schankwirth in der Speicherstraße ein Diebstahl mittelst Einbruchs verübt. Der bisher nicht ermittelte Dieb hatte die Scheibe eines nach dem dunklen Hausflur führenden Kammerfensters eingedrückt, durch die so gebildete Oeffnung das Fenster von innen geöffnet und war alsdann in die Kammer eingestiegen. Um gegen jede Ueberraschung gesichert zu sein, verriegelte er die Thür, welche die Kammer mit den übrigen Wohnräumen verbindet, von innen, erbrach ein Spind und stahl aus demselben 20 Thlr. baares Geld sowie einen Uebergießer.

— Der Polizei gelang es gestern, eines höchst verschlagenen und gefährlichen Schlafstellendiebes in der Person des Schuhmachers Braun habhaft zu werden. Unmittelbar nach seiner Festnahme wurde er in vier verschiedenen Fällen als Dieb rekonnostrirt und deshalb durch Unterbringung im Gefängniß vorläufig unschädlich gemacht. — Eine andere Beute fiel der Polizei bei Gelegenheit der Visitation in der Wohnung eines Polizeioberwachen in Neu-Torney in die Hände. Sie fand dort nämlich 12 Dutzend englisches feinstes Wollengarn, ein höchst werthvolles Produkt, welches hier im Detailhandel gar nicht vorkommt, sondern Behufs der Tuchbereitung u. dergleichen eingeführt wird, vor, und ist nur anzunehmen, daß das Garn aus dem Ballen einer hier entlassenen englischen Schiffsladung gestohlen, wenigstens der Bestohlene nicht bekannt ist.

— Wenngleich der hiesige „Jahrmart“ von Jahr zu Jahr mehr an seiner früheren Bedeutung verliert, wollen wir doch nicht unterlassen, noch besonders darauf hinzuweisen, daß derselbe vom 25., 26. und 27. d. M. abgehalten wird. — Der sog. „Topmarkt“ auf der Silberwiefe hat heute bereits begonnen.

